

Sitzungsniederschrift

6. Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 20.02.2023	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 16:44 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Emkes, Helmut	CDU/FDP	Vertretung für Herrn Uwe Harms
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im Landkreis Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Saathoff, Georg	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Weiss, Edgar	FW im Landkreis Aurich	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	
Grundmandat		
Looden, Jan	AfD	
Beratende Mitglieder		
Dirks, Hinrich		Landwirtschaftskammer Nieder- sachsen (LWK)
Runge, Rolf		Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Steven, Michael	Naturschutzbund Deutschland (NABU)
-----------------	---------------------------------------

Verwaltung

Ahten, Eiko	Baudezernent
-------------	--------------

Hayen, Matthias	
-----------------	--

Kramer, Christian	
-------------------	--

Wiemers, Nadine	Protokollführerin
-----------------	-------------------

Nicht anwesend:

Vorsitz

Trauernicht, Matthias	FW im Landkreis Aurich
-----------------------	---------------------------

Mitglieder

Buschmann, Saskia	CDU/FDP
-------------------	---------

Harms, Uwe	CDU/FDP
------------	---------

Beratende Mitglieder

Noosten, Carl	Landwirtschaftlicher Hauptverein für Ostfriesland e.V. (LHV)
---------------	---

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|------|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2022 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | Gehölzmanagement in Südbrookmerland (Großes Meer, Engerhafer Meeden usw.) |
| 6.1. | Antrag der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölz-beseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland stoppen, Maßnahmen erneut prüfen und Alternativen aufgreifen
Vorlage: X-AF/2022/046 |
| 6.2. | Resolution der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland müssen gestoppt werden
Vorlage: X-AF/2022/045 |
| 6.3. | Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 05.02.2023; Anfragen zum Gehölzmanagement in Südbrookmerland
Vorlage: X-AF/2023/004 |
| 7. | Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 04.02.2023; Sachstand: |



Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK) von Windkraftanlagen –
Wann wird der Nachthimmel über Ostfriesland wieder dunkler?
Vorlage: X-AF/2023/006

8. Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 05.02.2023; Erweiterung der Zuständigkeit des ARUuK um den Aufgabenbereich Straßen und Wege
Vorlage: X-AF/2023/005
 9. Informationen zur Vergabe einer Machbarkeitsstudie (SPNV Aurich – Abelitz)
 10. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellv. Ausschussvorsitzende Weiss begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der stellv. Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der stellv. Vorsitzende stellt die Tagesordnung mit der Zustimmung der Ausschussmitglieder fest.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.11.2022

Der stellv. Vorsitzende stellt die Niederschrift vom 22.11.2022 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Der stellv. Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen der Einwohner*innen. Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 6 **Gehölzmanagement in Südbrookmerland (Großes Meer, Engerhafer Meeden usw.)**

Der stellv. Vorsitzende schlägt vor, zu Beginn die Anträge der TOP 6.1, 6.2 und 6.3 vorzustellen und im Anschluss die gemeinsame Thematik der Gehölzbeseitigungsmaßnahmen zu erörtern. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
⇒ **einstimmig zugestimmt**

Abg. Looden stellt den Antrag sowie die Resolution der AfD-Fraktion zu den TOP 6.1 und 6.2 vor. Der Kreistag habe nach langwierigen Gesprächen aufgrund europarechtlicher Verpflichtungen die Unterschutzstellung mehrerer Gebiete beschlossen. Es hätte damals jedoch keiner die Ausmaße der erforderlich werdenden Gehölzbeseitigungsmaßnahmen erahnen können. Diese Maßnahmen zum Schutz der Bodenbrüter nähmen negative Auswirkungen auf die restliche Tierwelt, so bspw. Fasan, Fuchs und Marder billigend in Kauf.

Abg. Wittmer-Kruse stellt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 6.3 vor. Es sei nachvollziehbar, dass die Gehölzbeseitigungsmaßnahmen aufgrund fehlenden Wissens durch die Bevölkerung in Frage gestellt bzw. kritisiert werden. Es handele sich aber um eine wichtige Maßnahme, die sich u.a. in den Regelungen des Bundesnaturschutzgesetzes begründet. Wichtig sei daher die Aufklärung der Öffentlichkeit, um das nötige Verständnis herzustellen. Von besonderer Bedeutung für seine Fraktion sei der zu erwartende Zeithorizont für weitere Maßnahmen sowie eine Aussage, wann mit einem Abschluss der Arbeiten zu rechnen sei.

Herr Kramer stellt das Projekt „Gehölzmanagement“ mithilfe einer PowerPoint-Präsentation und Kurzfilmen vor. Ergänzend veranschaulicht **Herr Steven** den erfolgreichen Wiesenvogelschutz sowie die Best-Practice Maßnahmen anhand der positiven Ergebnisse in den „Barsteder Meeden“.

Zu der den Zeitrahmen betreffenden Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen führt **Herr Kramer** aus, dass dieser nicht bestimmbar sei. Vielmehr sei eine ständige Pflege des Gebietes als Daueraufgabe erforderlich. Für das Gehölzmanagement als Pflege- und Entwicklungsmaßnahme für das Landschaftsschutzgebiet seien keine Kompensations- bzw. Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. In Bezug auf andere Tierarten seien genügend Ausweichquartiere und -flächen vorhanden.

Abg. Wittmer-Kruse bittet um nähere Ausführungen zum erforderlichen Zeitrahmen, ggf. um Nennung eines konkreten Zeitplanes und fragt, aus welchem Grunde scheinbar lange keine Pflegemaßnahmen erfolgt seien.

Herr Kramer führt nochmals aus, dass es sich bei der Schutzgebietspflege um eine Daueraufgabe ohne konkreten Zeitrahmen handele. Nach der hoheitlichen Sicherung des Gebietes und der Erarbeitung des Managementplanes sowie parallelen Bemühungen der ÖNSOF werde nunmehr in der Folge kontinuierlich daran gearbeitet, zukünftig Pflegemaßnahmen dieses Ausmaßes durch ein aktives Schutzgebietsmanagement und durch stetige Pflege zu vermeiden. Herr Kramer macht deutlich, dass es sich bei dem Schutzgebietsmanagement um eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises handele, mithin um direkte Aufgaben der Landesverwaltung. Die Durchführung von Pfl-



maßnahmen sei deshalb insbesondere von Fördermitteln abhängig, die seitens des Landes Niedersachsen zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Looden fragt, ob ein Monitoring hinsichtlich der Populationsentwicklungen der gefährdeten Arten durchgeführt werde.

Herr Kramer erklärt, dass ein Monitoring im Rahmen der Berichtspflichten gegenüber der EU selbstredend stattfände.

Abg. Odens lobt den Kurzfilm in der PowerPoint-Präsentation und erachtet diesen als sehr aufschlussreich. Weiter führt er aus, dass die ostfriesische Marschenlandschaft als gehölzfreie Zone ein besonderes Habitat sei. In den 1950er Jahren habe es in der Landschaft keine Gehölze oder Wälder auf Moorböden gegeben. Zwar seien auch das Niederwild und andere Vogelarten zu schützen, dennoch sollten Prädatoren zurückgehalten werden. Wichtig sei jedoch auch die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft. Die aktuellen Maßnahmen stünden in beiderseitigem Interesse. **Abg. Odens** bittet um Überprüfung, ob in anderen Schutzgebieten auch Handlungsbedarf bestehe und um weitere Beobachtung der Ergebnisse.

Abg. Meyerholz äußert Verständnis für die aufgebrachten Bürger, erklärt aber, dass die gesamte Situation womöglich durch mangelnde Informationen falsch eingeordnet worden sei. Er bedankt sich für die Präsentation und die näheren Ausführungen. Fraglich sei aus seiner Sicht, ob das Pflegeziel trotz des Bestehenlassens der großflächigen Gehölzbestände erreicht werden könne.

Herr Kramer schildert, dass die weiterhin erforderlichen Maßnahmen dauerhaft geprüft würden. Mit der jetzigen Maßnahme sei im Hinblick auf den Zielerreichungsgrad der Managementmaßnahmen bereits ein großer Schritt nach vorn erfolgt. Ziel sei es nunmehr diesen Zielerreichungsgrad mindestens beizubehalten und im besten Falle zu erhöhen.

TOP 6.1 **Antrag der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022:**
Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland stoppen,
Maßnahmen erneut prüfen und Alternativen aufgreifen
Vorlage: X-AF/2022/046

Der stellv. Vorsitzende stellt den Antrag zu TOP 6.1 zur Abstimmung.

“Baumfällungen und Gehölzrodungen rings um das Große Meer, im Vogelschutzgebiet V09 „ostfriesische Meere“ und im FFH-Gebiet 004 „Großes Meer, Loppersumer Meer“, zwischen Wiegboldsbur und Georgsheil, in Forlitz-Blaukirchen, Bedekaspel und Engerhufe sofort stoppen, Maßnahmen erneut prüfen und Alternativen aufgreifen.“

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 0 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig abgelehnt**

Der Antrag der Fraktion AfD wird einstimmig abgelehnt.



TOP 6.2 **Resolution der Fraktion Alternative für Deutschland vom 13.12.2022; Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Südbrookmerland müssen gestoppt werden**
Vorlage: X-AF/2022/045

Der stellv. Vorsitzende stellt die Resolution zu TOP 6.2 zur Abstimmung.

“Die Baumfällungen und Gehölzrodungen rings um das Große Meer, im Vogelschutzgebiet V09 „Ostfriesische Meere“ und im FFH-Gebiet 004 „Großes Meer, Loppersumer Meer“, zwischen Wiegboldsbur und Georgsheil, in Forlitz-Blaukirchen, Bedekaspel und Engerhufe müssen sofort gestoppt werden.“

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 0 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig abgelehnt**

Der Antrag der Fraktion AfD wird einstimmig abgelehnt.

TOP 6.3 **Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 05.02.2023; Anfragen zum Gehölzmanagement in Südbrookmerland**
Vorlage: X-AF/2023/004

Siehe Darstellungen unter TOP 6.

TOP 7 **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 04.02.2023; Sachstand: Bedarfsgesteuerte Nachtkennzeichnung (BNK) von Windkraftanlagen – Wann wird der Nachthimmel über Ostfriesland wieder dunkler?**
Vorlage: X-AF/2023/006

Baudezernent Ahten führt aus, dass es sich bei der Ausstattung von WEA mit bedarfsgesteuerter Nachtkennzeichnung (BNK) nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) um eine gesetzliche Pflicht handele. Die Zuständigkeit für den Vollzug des Gesetzes läge bei der Bundesnetzagentur. Die zunächst gesetzte Frist zur Umrüstung der sich im Betrieb befindlichen WEAs sei erneut verlängert worden. Der Bundesgesetzgeber begründe dies in erster Linie mit der Corona-Pandemie und den in diesem Zusammenhang aufgetretenen Lieferschwierigkeiten. Gerade krankheits- und quarantänebedingte Ausfallzeiten hätten zu einer schleppenden Umsetzung geführt. Die jetzige Frist würde am 31.12.2023 auslaufen.

Des Weiteren legt Baudezernent Ahten dar, dass dem Landkreis derzeit 71 Anzeigen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz über Ausstattung von Windenergieanlagen mit BNK vorlägen.

TOP 8 **Antrag der Fraktion FW im Landkreis Aurich vom 05.02.2023; Erweiterung der Zuständigkeit des ARUuK um den Aufgabenbereich Straßen und Wege**
Vorlage: X-AF/2023/005

Abg. Meyerholz erläutert den Antrag der Fraktion Freie Wähler dahingehend, dass die kurzen Ausführungen im Ausschuss für Finanzen über das Themengebiet Straßen und Wege nicht ausreichend seien für eine hinreichende Diskussion über diesen großen Ausgabeposten.

Baudezernent Ahten führt aus, dass der Finanzausschuss nicht für Straßen und Wege zuständig sei, sondern tatsächlich der Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Klimaschutz (ARUuK). Er stimmt zu, dass bereits seit längerem nicht über diese Thematik berichtet worden sei und schlägt vor, in der nächsten Ausschusssitzung u.a. über den Sachstand, Ergebnisse sowie Folgeprogramme zu berichten.

Herr Hayen erwähnt die Erneuerungsprogramme des Straßenbaus und führt aus, dass auch über abstraktere Themen zu Straßen berichtet werden könne.

Abg. Wittmer-Kruse fragt, ob es richtig sei, dass der Radwegebau Angelegenheit des Tourismus und der Wirtschaftsförderung sei oder ob hier andere Ausschüsse federführend seien. Der Radwegebau solle nicht nur im Sinne des Tourismus betrachtet werden, sondern insbesondere im Hinblick auf die Bedeutung für den Klimaschutz. Dieses Thema sei daher besser im ARUuK verortet.

Abg. Odens führt aus, dass kürzlich in der Krummhörn Radwege durch den Landkreis erneuert worden seien. Diskussionswürdig sei seiner Ansicht nach, ob im ARUuK zukünftig auch Unterhaltungsmaßnahmen besprochen werden sollen. Abg. Odens befürchtet, dass dies den Rahmen des Ausschusses sprengen würde und nicht zielführend sei.

Baudezernent Ahten schlägt vor, in der nächsten Ausschusssitzung einen Überblick über geplante und in jüngster Vergangenheit umgesetzte Baumaßnahmen an Kreisstraßen zu geben.

Abg. Kleen ergänzt, dass im Jahre 1994 ein Radwegeprogramm zwecks Bau von 100 km Radweg initiiert worden und zwischenzeitlich hinsichtlich der Priorisierungen überarbeitet worden sei. Bisher seien 80 km ausgebaut worden. Er halte es für sinnvoll, in diesem Ausschuss über die neuen Priorisierungen zu berichten und zukünftig häufiger zu informieren.

Der **stellv. Vorsitzende** stellt zusammenfassend fest, dass die Zuständigkeit für Straßen bereits beim ARUuK liegt.

Abg. Meyerholz teilt mit, dass der Antrag aus diesem Grunde nicht aufrechterhalten werde.

Abg. Kleen verlässt die Sitzung um 16:21 Uhr.

TOP 9 **Informationen zur Vergabe einer Machbarkeitsstudie (SPNV Aurich – Abelitz)**

Herr Hayen informiert über die Machbarkeitsstudie und führt beginnend aus, dass man sich bereits in der Vergangenheit mit der Thematik des Personenverkehrs auf der bestehenden Bahnstrecke zwischen Aurich und Emden auseinandergesetzt habe, wobei die damaligen Projekte aus Kostengründen nicht umgesetzt worden seien. Während dieser Phase seien bereits knapp 10 GB Daten zusammengestellt worden. Beabsichtigt sei nunmehr die Beauftragung einer Firma für die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie. Der Landkreis befinde sich derzeit in entsprechenden Auftragsverhandlungen mit einer Firma und es werde mit einer Vergabe in den nächsten Wochen und mit einem voraussichtlichen Ergebnis noch in diesem Jahr gerechnet. Die Thematiken beschränkten sich hierbei primär auf betriebliche Fragestellungen. Als neue Idee sei bisher z.B. das sog. Tram-Train-Modell genannt worden, welches eine Verknüpfung mit den Strecken der Deutschen Bahn ermögliche. Ausschlaggebende Problematiken ergäben sich jedoch im Ortsteil Moordorf (SBL), da hier viele Bahnübergänge vorlägen. Die eigenverantwortliche Überfahrt über Bahnübergänge könne Gefährdungen darstellen. Darüber hinaus seien viele verschiedene Gesichtspunkte zu überprüfen, so bspw. die Betroffenheit baulicher Anlagen sowie die Erforderlichkeit neuer Anlagen, der bisherige PKW-Verkehr sowie die Festlegung der Zustiegspunkte. Wichtig sei auch die schalltechnische Untersuchung hinsichtlich notwendiger Schallschutzmaßnahmen.

Abg. Albrecht führt aus, dass die Bahn im Falle einer Realisierung eine Sackgasse wäre. Zudem wären sicherlich Parkplätze sowie Umleitungen zu errichten, sodass mit einer Summe in Millionenhöhe zu rechnen sei. Aufgrund dieser Kosten lehne Abg. Albrecht die Umsetzung ab. Er bittet um Befragung der Bürger zu dieser Angelegenheit.

Abg. Wittmer-Kruse betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Bahnverbindung als sinnvoll betrachte. Positiv sei auch, dass die Strecke das Zentralklinikum in Georgsheil erreichen kann. Schienengebundene Beförderungslösungen würden laut Studien bevorzugt, sodass sich eine PKW-Verkehrsentlastung einstellen könne. Tram – Train - Systeme funktionierten in anderen Regionen gut. Zwar seien Betroffenheiten gegeben, allerdings gebe es auch anliegenden Verkehr über die Straßen. Die Machbarkeitsstudie werde befürwortet.

Abg. Stange fragt, was die Studie kostet und ob der Landkreis diese vollständig bezahlt. Außerdem erkundigt er sich aufgrund von Veräußerungsgerüchten nach den Grundstücken in Aurich entlang der Bahnstrecke.

Herr Hayen erklärt, dass die EAE Grundstücke veräußert habe und hierdurch wieder mehr private Betroffenheiten entstehen könnten. Die Kosten für die Studie übernehme der Landkreis zu 100 %, dies wurde bereits mit Haushaltssatzung von vor zwei Jahren beschlossen. Die Höhe der Kosten für die Machbarkeitsstudie könnten aufgrund der noch laufenden Vertragsverhandlungen derzeit nicht benannt werden.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Der stellv. Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen.

Abg. Wittmer-Kruse führt aus, dass in Südbrookmerland sehr grobe Gehölzbeseitigungsmaßnahmen in Gräben erfolgt seien und fragt, ob dem Landkreis diese Maßnahmen bekannt seien. Es wurden z.B. zerschnittene Tiere wie Igel vorgefunden. Er



veranschaulicht den Zustand anhand von mitgebrachten Fotos, die er auf Nachfrage von Baudezernent Ahten der Verwaltung zur Verfügung stellen werde. Weiter berichtet **Abg. Wittmer-Kruse** von einer am 19.01.2023 veröffentlichten Langzeitstudie über Gänse von Herrn Dr. Kruckenberg und schlägt vor, diesen zur Vorstellung der Thematik zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Baudezernent Ahten nimmt den Hinweis von Abg. Wittmer-Kruse bezüglich der Langzeitstudie über Gänse auf und stellt in Aussicht Herrn Kruckenberg zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen. Des Weiteren stellt er den Sachstand zur Bundesförderung für ein integriertes Klimaschutzkonzept dar. Es sei im vorletzten Jahr ein Antrag beim Bund auf Förderung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes gestellt worden. Die Förderquote betrage 75 %. Bis heute sei keine Entscheidung zum Antrag gefallen. Nach verschiedenen Zwischenmitteilungen habe man nun, 14 Monate nach Antragstellung, eine Mitteilung vom Fördermittelgeber erhalten, dass man die zwischenzeitlich durchgeführte Änderung des Nds. Klimaschutzgesetzes zum Anlass nehme, keine Förderung für Klimaschutzkonzepte in Niedersachsen mehr auszusprechen. Das novellierte Nds. Klimaschutzgesetz sehe nämlich ab dem Jahr 2024 Teile eines integrierten Klimaschutzkonzeptes als Pflichtaufgabe der Landkreise vor. Nach einer Bearbeitungszeit von 14 Monaten sei eine solche Aussage unter Bezugnahme auf eine Gesetzesnovelle, die erst im nächsten Jahr in Kraft trete, schon frustrierend, so **Ahten**. Durch eine solche Förderpraxis werde die beim Klimaschutz erforderliche Geschwindigkeit nicht erreicht.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Der stellv. Vorsitzende fragt nach Wortmeldungen der Einwohner*innen. Es gibt keine Wortmeldungen.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Der stellv. Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:44 Uhr.

gez. Weiss
Vorsitzender

gez. Wiemers
Protokollführerin